

Michael Makropoulos

ÜBER DEN BEGRIFF DER „KRISE“

Eine historisch-semantische Skizze

I.

Manchmal verdeckt die nüchterne Bestimmung eines Begriffs dessen aufgeladenen und gerade darin ausgesprochen problematischen Gehalt: Eine Krise, schrieb Paul Valéry, sei „der Übergang von einer funktionellen Ordnung zu irgend einer anderen“. Allerdings sei es ein Übergang, der schon deshalb eine außeralltägliche Qualität hat, weil er sich in einer besonderen Zeiterfahrung manifestiert. „Während einer Krise scheint die Zeit ihre Natur zu ändern, ihre Dauer wird nicht mehr wie im gewöhnlichen Ablauf der Dinge wahrgenommen, und statt Beständigkeit zu symbolisieren, steht der Zeitverlauf nun für Veränderung.“ Jede Krise sei nämlich auf neue Faktoren zurückzuführen, die die alte Ordnung der Wirklichkeit beeinflussen und „ein stabiles oder labiles Gleichgewicht stören, das einmal existiert hat.“¹ Man kann dies natürlich dramatisieren, und dann bezeichnet der Begriff der „Krise“ tatsächlich eine „Zeit der herumirrenden Tatsachen“, in der „alles Exzentrische, aus den Fugen geratene“, alles „Standpunktlose und Unberuhigte“ seinen Platz gerade in der maßlosen „Überformung“ findet, die der „Entformung“ antwortet, wie Arnold Gehlen die Rationalität des neuzeitlichen Manierismus bestimmt hat, der zum Archetyp einer „Gegennatürlichkeit“ wurde, die in der Malerei schließlich in die vollendete Abstraktion der klassischen Moderne mündete.² Damit steht man allerdings schon mitten in der anderen Bestimmung des Begriffs, die den zweiten Pol der Krisensemantik bildet und die den Begriff der Krise nicht nur mit einer fundamentalen, sondern vor allem mit einer problematischen Transformation verbindet, die in eine ungewisse, potentiell bedrohliche und möglicherweise sogar katastrophische Zukunft führt. „Krise“ bedeutet dann „Ordnungsschwund“, wie Hans Blumenberg die neuzeitliche Initialsituation charakterisiert hat.³ Dieses Verständnis von Krise als potentieller Destruktion ist es, was die vehementen, nicht selten überzogenen und manchmal extremistischen Ordnungserwartungen provoziert hat, die nicht nur die kulturkritische Diskussion, son-

¹ Paul Valéry: „Propos sur l'Intelligence“, in: ders., *Œuvres*, Bd. 1, Paris 1957 (1925), S. 1040-1057, hier S. 1041 (Aus dem Französischen vom Vf.).

² Arnold Gehlen: *Zeit-Bilder. Zur Soziologie und Ästhetik der modernen Malerei*. Frankfurt/Main, Bonn ²1965, S. 177 bzw. 179.

³ Hans Blumenberg: *Säkularisierung und Selbstbehauptung*. Frankfurt/Main 1974, S. 158.

dern auch die politische Geschichte der Moderne bestimmt haben. Der neuzeitliche „Ordnungsschwund“, den das Ende des theologischen Weltbildes bedeutete, wurde eben keineswegs immer „mit einem neuen Begriff der menschlichen Freiheit verbunden“, der den Übergang von einer funktionellen Ordnung zu irgend einer anderen als emanzipatorischen Ausgang aus überkommenen Bindungen begreift, sondern allzuoft mit einem Begriff der Unsicherheit und Bedrohung assoziiert, der gerade in diesem Übergang die ersatzlose Destruktion des existentiell Notwendigen sah.⁴

Diesseits kulturkritischer Dramatisierungen samt ihrer alltagssprachlichen Diffundierungen, die den Begriff fast automatisch zu einem Problembegriff machen, gleichzeitig aber auch jenseits strukturfunktionalistischer Entdramatisierungen, die den Sachverhalt normalisieren, bezeichnet der Begriff der „Krise“ seit dem 18. Jahrhundert jedoch vor allem in der politisch-sozialen Semantik jenen zukunfts-offenen Zustand in einer Gesellschaft, der der Traditionsorientierung diametral entgegengesetzt ist. Der Begriff der „Krise“ wird dadurch zum Kennzeichen einer Modernität, deren emphatische Struktur – und deren historisches Pathos – sich in jenem Basispostulat der Aufklärung niederschlägt, daß von nun an nicht mehr das Neue sich vor dem Alten auszuweisen habe, sondern umgekehrt das Alte seine weitere Daseinsberechtigung vor dem Neuen zu erbringen habe – vor jenem Neuen zumal, das noch gar nicht Wirklichkeit geworden, sondern vorerst nur das mögliche, aber erstrebenswerte Neue ist. Das ist dann tatsächlich mehr als der bloße Übergang von einer funktionellen Ordnung zu irgend einer anderen. Denn der Übergang wird mit der Erschließung eines neuen, prinzipiell offenen Möglichkeitshorizonts zu einer positiven Periode emphatischer Verwirklichungsmöglichkeiten, in der sowohl die individuellen als auch die kollektiven Erwartungen immer weiter aus ihren Bindungen an die bisherigen Erfahrungen freigesetzt werden – und zwar so weit, so unumkehrbar und so nachhaltig freigesetzt werden, wie Reinhart Koselleck gezeigt hat, daß die Erwartungen am Ende nicht nur den bisherigen Erfahrungen entgegenstehen, sondern der Erfahrung überhaupt.⁵ Das ist spätestens mit der Französischen Revolution der Fall, deren geschichtsphilosophisches Novum darin besteht, daß sie unerhört neue, nämlich fiktional erschlossene Ziele realisiert, indem sich der Mensch mit ihr gleichsam „auf den Kopf, d.i. auf

⁴ Blumenberg, *Säkularisierung und Selbstbehauptung*, ebd.

⁵ Vgl. Reinhart Koselleck: „Erfahrungsraum‘ und ‚Erwartungshorizont‘ – zwei historische Kategorien“, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/Main 1979, S. 349-375.

den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut“, also die Wirklichkeit an Entwürfen des Geistes ausrichtet, wie Hegel erklärt hat.⁶

II.

In diesem Horizont der Fiktionalisierung historischer Erwartungen wird die Krise seit dem späten 18. Jahrhundert „zur strukturellen Signatur der Neuzeit“. Und „wenn die Häufigkeit des Wortgebrauches ein Indikator für die Tatsächlichkeit einer Krise ist“, hält Koselleck fest, dann „könnte die Neuzeit seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts ein Zeitalter der Krise genannt werden“.⁷ Der Begriff bezeichnet dann aber gerade nicht den Übergang von einem bekannten Zustand zu einem anderen bekannten Zustand, sondern einen Übergang, von dem weder gesagt werden kann wohin er wirklich führen, noch wie lange er wirklich dauern wird, weil es in einem offenen Möglichkeitshorizont schlechterdings unmöglich ist, zukünftige Wirklichkeiten vollständig aus den gegenwärtigen Möglichkeiten abzuleiten. Modernität wird damit gleichsam ungewollt zu einem dauerhaften Übergangszustand, den man zwar emanzipatorisch wie kompensatorisch als Fortschritt bestimmen kann, um der Offenheit Orientierungen abzugewinnen, der aber dennoch eine Krisensituation bleibt, die sich in einer Gesellschaft verfestigen kann, wenn sie nicht utopisch finalisiert oder aber restaurativ beendet wird. Eine Krisensituation ist damit, anders gesagt, eine unvollständig determinierte Situation, in der verschiedene Möglichkeiten der Verwirklichung miteinander konkurrieren. Damit aber ist die Krise eine Situation der irreduziblen Kontingenz: Nicht nur das, was ist, könnte auch anders sein, sondern auch das was anders sein könnte, könnte wiederum anders sein und etabliert eine Situation der permanenten Überbietbarkeit jeder realisierten Möglichkeit, die dann in der aufklärerischen Idee der Perfektibilität tatsächlich eine ideologisierbare Form, nämlich die Form der fortschrittslogischen Optimierbarkeit jeder Wirklichkeit gewonnen hat. Daß sich diese Überbietungsmetaphysik andererseits von Anfang an in einen unlösbaren Konflikt mit dem Optimierungswidrigen verbissen hat, der bis in die aktuellen Wettbewerbsideologien reicht, steht natürlich auf einem anderen Blatt.

Als Situation der irreduziblen Kontingenz ist eine Krise aber zugleich eine Situation, die auf eine Entscheidung hindrängt und diese Entscheidung auch ermöglicht – eine Entscheidung, die den Übergangszustand beendet, und die

⁶ Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*. Werke. Bd. 12. Frankfurt/Main 1970, S. 529.

⁷ Reinhart Koselleck: „Krise“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 3, Stuttgart 1975, S. 617-650, hier S. 627/629 bzw. S. 635.

tatsächlich eine neue funktionelle Ordnung etabliert. „Es liegt im Wesen einer Krise“, erklärt Koselleck, „daß eine Entscheidung fällig ist, aber noch nicht gefallen. Und es gehört ebenso zur Krise, daß offenbleibt, welche Entscheidung fällt. Die allgemeine Unsicherheit einer kritischen Situation ist also durchzogen von der einen Gewißheit, daß – unbestimmt wann, aber doch bestimmt, unsicher wie, aber doch sicher – ein Ende des kritischen Zustandes bevorsteht. Die mögliche Lösung bleibt ungewiß, das Ende selbst aber, ein Umschlag der bestehenden Verhältnisse – drohend und befürchtet oder hoffnungsfroh herbeigewünscht – ist den Menschen gewiß. Die Krise beschwört die Frage an die geschichtliche Zukunft.“⁸ Aber indem sie die Frage an die geschichtliche Zukunft beschwört, hält sie diese Frage zugleich offen, weil der moderne, nach-eschatologische Zukunftsbegriff seinerseits fikionalisiert ist, indem er nicht mehr die Ankunft bereits existierender Dinge bezeichnet, die dem entsprechend passiv erwartet werden können, sondern die Entstehung neuer Dinge signalisiert, die aktiv erschlossen und geplant realisiert werden. Der Begriff einer offenen, ebenso gestaltbaren wie gestaltungsbedürftigen Zukunft, bestimmt das moderne Epochenbewußtsein. „Die mittelalterliche Gesellschaft“ dagegen, stellt Lucian Hölscher fest, „verfügte noch über keinen Begriff von der Zukunft“. Und das „eigentliche lateinische Äquivalent zum Ausdruck ‚Zukunft‘“ war „damals noch nicht ‚futurum‘ sondern ‚adventus‘“.⁹

III.

Die historische Semantik des Krisenbegriffs weist auf diesem Hintergrund mindestens zwei bemerkenswerte Momente auf, nämlich einerseits die neuzeitliche Differenzierung der antiken Einheit von Kritik und Krise, die den Begriff der „Kritik“ subjektiviert und den der „Krise“ objektiviert, und andererseits die Anwendung des Begriffs auf politische, soziale und ökonomische Entwicklungen, „in denen sich eine beschleunigte Wendung zum Besseren oder Schlechteren vollzieht“.¹⁰ Das griechische „κρίσις“ bezeichnete sowohl den forensischen Prozeß des Urteilens als auch den medizinischen Kulminationspunkt, an dem die Entscheidung über Leben und Tod fällt und den militärischen Wendepunkt, der Sieg oder Niederlage bringt. Die Einheit von subjektiv-kritischer und objektiv-krisenhafter Bedeutung gewährleistete

⁸ Reinhart Koselleck: *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*. Frankfurt/Main 1979, S. 105.

⁹ Lucian Hölscher: *Die Entdeckung der Zukunft*. Frankfurt/Main 1999, S. 34 bzw. 37.

¹⁰ Reinhart Koselleck: „Krise“, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 4, Sp. 1236-1241, hier Sp. 1236.

die Neutralität des Begriffs und verhinderte lange Zeit, daß die Kritik mit ihrer Subjektivierung eher positiv und die Krise mit ihrer Objektivierung eher negativ bewertet wurde. Die Positivierung der Kritik mag wie die Negativierung der Krise der modernen Aufwertung der Subjektivität zumal in ihrer souveränen Form geschuldet sein, während andererseits die Objektivität gerade dort, wo sie sich der vollständigen Verfügbarkeit entzog, zum Skandalon eben dieser aufgewerteten Subjektivität wurde, weil die Entscheidung, die die Krise beenden sollte, ein Ergebnis haben konnte, das weder beabsichtigt noch akzeptabel war. Hinzu kommt, daß die lateinische Verwendung von „crisis“ zwar auf den medizinischen Bereich beschränkt blieb, aber mit der metaphorischen Beschreibung politischer Gemeinwesen als Körper in der politischen Philosophie der Neuzeit auch auf politische, soziale und ökonomische Phänomene anwendbar wurde. Dadurch avancierte der Begriff der „Krise“ schließlich zu jenem geschichtsphilosophischen Zentralbegriff, der die Vorstellung einer deontologischen Geschichtlichkeit ebenso grundierte wie die Idee der konstruktivistischen Gestaltbarkeit politisch-sozialer Wirklichkeiten. Die juridische Bedeutung des griechischen „κρίσις“, das Urteilende, ging ihrerseits im Verlauf dieser Entwicklung vollkommen im Begriff der „Kritik“ auf und verstärkte auf diese Weise die Objektivierung des Krisenbegriffs durch seine Generalisierung für offene Situationen aller Art – unabhängig zwar von ihrer Dauer, aber um so abhängiger von ihrer Qualität.

Diese Qualität wird zunächst durch die aktivistische Dimension der Entscheidung bestimmt: Eine Krise endet nicht, eine Krise wird vielmehr beendet – und zwar durch die willkürliche Setzung einer neuen funktionellen Ordnung, die vor allem eines leistet: die Schließung des Möglichkeitshorizonts. Das ist die allgemeine Form aller politischen Theorien der Souveränität, in denen der Souverän die höchste Konzentration gesetzgeberischer Macht bildet und deshalb die Kompetenz hat, in einer Situation des „Ordnungsschwunds“ eine verbindliche Ordnung von Belang zu setzen. Daß der „Ordnungsschwund“ seinerseits herbeigeführt werden kann, ist die Pointe einer politischen Metaphysik, für die die Krise zur prozessualen Einheit von Konstruktion und Destruktion wird – eine prozessuale Einheit, die nicht nur die politischen, sondern auch die ästhetischen Ordnungsstiftungen der Moderne grundiert, wie Walter Benjamin erklärt hat, weil sie eine Tabula rasa schafft, die zugleich ein Konstruktionstisch ist, der die Chance bietet, „von vorn zu beginnen; von Neuem anzufangen“.¹¹ Die Objektivierung des Krisenbegriffs wird durch die Zeitstruktur der Krise allerdings noch verstärkt:

¹¹ Walter Benjamin: „Erfahrung und Armut“, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. II.1, Frankfurt/Main 1977 (1933), S. 213-219, hier S. 215.

Die modernen Fiktionalisierungsprozesse sind von einer Intensivierung der Ereignisdichte und von einer Beschleunigung der Zeiterfahrung geprägt, in der sich nicht nur die Umstellung von Kontinuität auf Wandel, sondern auch die Überbietungsstruktur manifestiert, in der gegenwärtige Wirklichkeiten nicht nur im Lichte anderer Wirklichkeiten stehen, sondern auch dem Druck zukünftiger Wirklichkeiten ausgesetzt sind, weil der zieloffene Prozeß des Fortschritts die temporale Struktur des Modernitätsbewußtseins prägt, indem er den Möglichkeitshorizont auf Dauer offenhält. Die Alternativen beschränken sich dann nicht auf konkrete andere Möglichkeiten, sondern umfassen auch abstrakte neue Möglichkeiten, die fiktional erschlossen werden und gerade in ihrer Fiktionalität einen intensivierten Wettbewerbsdruck auf die Wirklichkeit ausüben, weil sie nicht nur das Andere ins Spiel bringen, sondern das Bessere.

IV.

„Modern“, so Koselleck, „ist jene Veränderung, die eine neue Zeiterfahrung hervorruft: daß sich nämlich alles schneller ändert, als man bisher erwarten konnte oder früher erfahren hatte. Es kommt durch die kürzeren Zeitspannen eine Unbekanntheitskomponente in den Alltag der Betroffenen, die aus keiner bisherigen Erfahrung ableitbar ist: das zeichnet die Erfahrung der Beschleunigung aus.“ Ihr Kennzeichen ist die „Denaturalisierung der Zeiterfahrung durch die technischen Beschleunigungsfaktoren“.¹² Diese Beschleunigung der Zeiterfahrung manifestiert sich als zunehmender „Druck“ der Zukunft auf die Gegenwart, der seinerseits die Erfahrung des permanenten Wandels und ein Bewußtsein des dauerhaften Übergangs generiert, das dann im Zuge der Fortschrittsidee als Entwicklung konzeptualisiert wird. Modernität etabliert sich deshalb als spezifischer „Zivilisationstyp“, der „der Traditionsorientierung diametral entgegengesetzt ist“, wie Hans-Ulrich Gumbrecht erläutert hat, also als ein Zivilisationstyp, der den Übergangszustand zum Dauerzustand macht, sofern er jeden neuen Zustand als historisch generierten Zustand strukturell kontingent setzt, weil jeder erreichte Zustand, jede errichtete Ordnung und jede konstruierte Wirklichkeit durch eine andere, vielleicht bessere, überholbar und überbietbar ist oder sich zumindest vor der wirklichen Möglichkeit ihrer Überbietung legitimieren muß.¹³

¹² Koselleck, „'Erfahrungsraum' und ‚Erwartungshorizont‘“, S. 367 bzw. Reinhart Koselleck: „Gibt es eine Beschleunigung in der Geschichte?“, in: ders. *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt/Main 2000, S. 150-176, hier S. 159 bzw. 153.

¹³ Hans-Ulrich Gumbrecht: „Modern, Modernität, Moderne“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 93-131, hier S. 126f.

Die Offenheit des Möglichkeitshorizonts generiert Unsicherheit, Orientierungslosigkeit und Haltlosigkeit, weil kein unüberholbares Ziel angegeben werden kann. Anders gesagt: Das Problem, das der Fortschritt aufwirft und das als Krise im Dauerzustand gefaßt wird, besteht darin, daß innerhalb seiner prozessualen Logik kein Ziel angegeben werden kann, das seinerseits nicht kontingent wäre, weil jede Finalisierung der zukünftigen Entwicklung stets mit anderen Finalisierungen konkurriert und deshalb überholt werden kann. Das ist zwar die systematische Stelle, an der die Geschichtsphilosophie ihren Einsatz hat. Aber sie ist im Lichte dieser Problematik ihrerseits kaum mehr als die immanente Verabsolutierung selektiver und deshalb prinzipiell kontingenter Finalisierungen der Geschichte. Die Kehrseite des historischen Fortschrittsbewußtseins und der Übergangserfahrung, die diesem zugrunde liegt und die für das Modernitätsbewußtsein des 19. und noch des frühen 20. Jahrhunderts kennzeichnend bleiben sollte, ist daher tatsächlich die Offenheit der Zukunft in ihrer ganzen Ambivalenz: Als wünschbare Offenheit war sie die Möglichkeitsbedingung von Innovationen im strikten Sinne, also von Erfindungen und nicht nur von Verbesserungen; als problematische Offenheit aber war sie die Quelle fundamentaler Verunsicherungen. Das war die Situation, in die Valéry seine nüchterne Bestimmung platzierte – als Antidot gegen die aufgeladenen Machbarkeitsmetaphysiken, die in der Regel in ebenso aufgeladene Ordnungstotalitätserwartungen mündeten. Diese Doppelwertigkeit einer offenen Zukunft, die der Begriff der „Krise“ in seinem strikten, nämlich irreduzibel ambivalenten Sinne am Ende bezeichnet, ist jedoch eine Doppelwertigkeit, die nicht mehr aus der Kongruenz von Kritik und Krise folgt, sondern im modernen Krisenbegriff selbst steckt. Die Auflösung dieser Ambivalenz in eine konstruktive oder in eine destruktive Richtung, verweist deshalb nicht sosehr auf die besonderen Eigenheiten der Situation, ihre existentielle Dramatik oder ihre katastrophische Gefährlichkeit, sondern eher auf die individuellen und die kollektiven Wirklichkeitserwartungen, die sich in diesen Bewertungen Ausdruck verleihen.

Daß es in erster Linie diese Wirklichkeitserwartungen sind, die das Krisenbewußtsein zu einem Problembewußtsein machen, wird gerade dort deutlich, wo Prozesse des sozialen Wandels und Prozesse der Radikalisierung historischer Tendenzen vehemente oder sogar apokalyptische Abschlußkonzepte provozieren. Fast möchte man sagen, daß ein Prozeß oder ein Vorgang erst dann krisenhaft ist, wenn sein Ende herbeigeführt werden soll. Der Krisendiskurs legitimiert dann geradezu die Ordnungsstiftung – auch wenn die Erwartung zureichend geschlossener und deshalb verlässlicher Ordnung den Prozeß, der beendet werden soll, überhaupt erst zu einem krisenhaften Prozeß macht. Das verschiebt die Perspektive und verweist auf die konstruktivi-

vistische Dimension des Krisendiskurses. Es geht dann nicht um die Objektivität einer Krise, sondern um die Frage, wer mit welchen Motiven welche Prozesse zu welchem Ende bringen will, also wer welche Offenheiten schließen will und warum. Oder es geht, andersherum, um die Frage, wer mit welchen Motiven welche Prozesse deontologisieren, entdeterminieren und dadurch delegitimieren will, um ihre Normalität aufzubrechen. Das ist gemeinhin die Aufgabe der Kritik. Sie führt in den normalen Ablauf der Ereignisse ein Moment von Kontingenz ein, das ihre Normalität unterminiert und eine krisenhafte Situation zumindest im Sinne eines potentiellen Übergangs von einer funktionellen Ordnung zu irgend einer anderen denkbar macht. Es ist im Lichte der Kritik, in dem die konstruktivistische Dimension der Krise – so oder so – manifest wird. Krisen werden diskursiv gemacht. Und genau das ist es, was den Krisenbegriff gerade nicht zu einem ontologischen, sondern zu einem geschichtsphilosophischen und damit zu einem eminent politischen Begriff macht.

(In: INDES, Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 2013-1, S. 13-20)